

29.11. - NIKOLAUSI

Courage

No 38



FREIHEIT FÜR EL SALVADOR

- Stop der Bombardements gegen die Zivilbevölkerung durch die Armee. Respektierung der Genfer Konventionen zum Schutz der Zivilbevölkerung. Feuerpause zur Evakuierung der Verletzten.
- Stop der US-Intervention
- Internationale Ächtung der ARENA-Regierung
- Stop der BRD-"Entwicklungshilfe"
- USA raus aus Mittelamerika

Bundesweite Demonstration

Frankfurt 2.12.1989 12.00 Uhr

ab Campus der Universität (U-Bahnstation
Bockenheimer Warte)



Republikaner ante portas!?

Die Republikaner rüsten offenbar zum Sturm auf die Universitäten. Seit Mai 1989 existiert ein sogenannter „Republikanischer Hochschulverband (RHV)“, dessen Aufgabe es sein soll, eine „Intellektualisierung der Republikaner einzuleiten“, und der eine Brücke schlagen soll zwischen Partei und Hochschule, um so deren Vorstellungen „diesem akademischen Publikum näherzubringen, und dadurch Akademiker für die Mitarbeit bei den Republikanern (zu) gewinnen“ (RHV-Selbstdarstellung Mai 1989).

Was will nun dieser neue Hochschulverband, der bisher nur an der Universität München in Erscheinung getreten ist?

Der sechsseitige Grundsatzprogrammentwurf des RHV vom September 1989 gibt einen ersten vagen Eindruck davon, was die Studierendenschaft von diesem Verband erwarten kann.

Da wird gefordert, daß Grundlage für ein Studium die „vollständige Beherrschung der deutschen Muttersprache“ sein soll und nicht „die Herausbildung eines polyglotten EG-Bürgers“ (S.2), ebenso ein „vollständiges und zusammenhängendes Geschichtsbild“, bei dem Schluß sein muß mit der „einseitigen und penetranten Vergangenheitsbewältigung“, stattdessen sollen die „positiven Errungenschaften der deutschen Geschichte und Geistesgeschichte“ auch als solche dargestellt werden (S.2). An deutschen Schulen wird dabei eine Höchstquote für den Ausländeranteil gefordert, sowie ein „Abbau (des) überzogenen und unnötigen Qualifikationsballastes“ innerhalb des Schulsystems (S.3 + 4). In der Hochschulpolitik tritt der RHV in diesem Entwurf für eine vorurteilsfreie Arbeit der Hochschullehrer, für Elitenförderung, für einen Ausbau des innerdeutschen Akademikeraustausches, für ein verstärktes Studium Generale und für eine Aufwertung der Zwischenprüfungen ein. Daneben lehnt der RHV Regelstudienzeiten ab. Die Republikaner an den Hochschulen wenden sich außerdem gegen die Umbenennung von Hochschulen „nach zweifel-

haften Kultfiguren radikallinker Ideologen, ... oder aus vordergründigen Motiven für die Bezeichnung der Ludwig-Maximilians-Universität München, die primär politische Überzeugungstat der Geschwister Scholl in Anspruch zu nehmen (!).“ (S.6)

Wo die anderen Hochschulgruppen für eine verbesserte Mitwirkung gerade der Studierenden in den Hochschulgremien eintreten, da erachtet es der RHV für wichtiger, eine „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ (S.6) anzustreben, bei der der Wille zur „grundsätzlichen Zusammenarbeit Vorrang verdient vor der profilineurotischen Aufbauschung von Gruppeninteressen.“ Dabei wird auch eine paritätische Zusammensetzung der Ungremien abgelehnt. Ebenso auf Ablehnung stößt auch das allgemeinpolitische Mandat der Studierendenschaft aufgrund der „einseitig überzogenen Wahrnehmung des politischen Mandates durch gewählte Studentenvertreter“ (S.6). Doch nicht nur das. „Den ‚ASTA‘ in seiner überkommenen Form betrachten wir nicht als legitimen Vertreter fakultätsübergreifender studentischer Interessen.“ (!)

So weit ein kurzer Auszug aus dem „Hochschul- und Bildungspolitischen Programm des Republikanischen Hochschulverbandes“ vom September 1989.

Was aber Akademiker in Wirklichkeit bei den Republikanern erwartet, wird in anderen Äußerungen weitaus deutlicher als in diesem Entwurf, der wohl auf der ersten RHV-Versammlung am 22.10.89 in München verabschiedet wurde.

In der Juli/August-Ausgabe der recht konservativen Zeitschrift „Criticon“ setzt sich in viel deutlicherer Sprache Claus Fritzsche in einer Glosse mit der Intellektualisierung der Republikaner auseinander (Fritzsche, Claus: Wer hat Angst vor der Intellektualisierung der Republikaner?, in: Criticon 114 (1989), S.159 - 169). Und dort heißt es:

„... vor einer Intellektualisierung der Republikaner müssen sich nur die Befürworter von ‚Multikultureller Gesellschaft‘, ‚Hafenstraßen-Recht‘ etc. fürchten. Nationalkonservative Intellektuelle und Republikaner benötigen keine Berührungsängste.“

FREIHEIT FÜR EL SALVADOR

Todesschwadronen verübten am 31. Oktober Bombenanschläge auf die Gewerkschaftszentrale FENASTRAS und die Menschenrechtsorganisation COMADRES. 10 Menschen wurden getötet - darunter die Gewerkschaftsführerin Febe Velazquez - über 40 Menschen verletzt. Diese Aktionen sind der Höhepunkt der seit Beginn dieses Jahres immer massiver werdenden Repression gegen die Volksorganisationen.

Am 11. November begann die Befreiungsbewegung FMLN mit ihrer größten Offensive seit Beginn des Krieges. Unter dem Motto "Faschisten raus - Febe Elizabeth Velasquez lebe!" wurden alle wichtigen Kasernen der Hauptstadt und in den 14 Departements des Landes angegriffen. Erklärtes Ziel der FMLN ist es, die Herrschenden zu Zugeständnissen bei den bisher ergebnislosen Verhandlungen (s.Kasten) zu zwingen. Die Offensive wurde von der Bevölkerung breit und aktiv unterstützt. Mit ihrer Hilfe konnte die FMLN einen 10 km langen Gürtel im Nord- Westen der Hauptstadt San Salvador über eine Woche lang halten.

Massaker der Armee gegen die Zivilbevölkerung

Die ARENA-Regierung und die Armee reagierten auf den für sie unerwarteten Schlag der Befreiungsbewegung mit Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung. Tag und Nacht wurden und werden vor allem die dicht besiedelten Arbeiter- und Elendsviertel der Hauptstadt, der Städte San Miguel und Usulután bombardiert. Aus Hubschraubern werden Granaten in Häuser und Höhlen geschossen, Flugzeuge werfen Phosphorbomben. In San Miguel wurden zwei Viertel mit Bomben dem Erdboden gleichgemacht. Seit dem 14.11. sind vor allem nachts US-Piloten an den Bombardements beteiligt. Mindestens 1000 Zivilistinnen (inoffizielle Zahlen sprechen von bis zu 2000) sind bisher durch die Bombardements und brutalsten Vorgehen der Soldaten ums Leben gekommen. Regierung und Militär verschärfen die Lage dadurch, daß sie weder Krankenwagen noch Rettungspersonal in die Konfliktzonen hinein lassen. In der ersten Woche der Offensive lehnte die Regierung ein Angebot der FMLN ab, das Feuer für 6 Stunden einzustellen, um die Evakuierung von Verletzten zu ermöglichen.

Ausnahmezustand und Kriegsrecht

Radio und Fernsehen sind gleichgeschaltet. Drohungen gegen führende Oppositionspolitiker werden ausgesprochen. Am 16.11. drangen 30-40 schwerbewaffnete Militärs in das Haus der Jesuiten der katholischen Universität (UCA) ein. Ignacio Ellacuría, Rektor der Universität, fünf weitere Professoren, die Köchin des Hauses und ihre 15-jährige Tochter wurden bestialisch ermordet. Ellacuría hatte sich noch am 25.10. vor dem Entwicklungshilfe-Ausschuß des Deutschen Bundestags gegen eine Fortsetzung der BRD-Entwicklungshilfe an die Regierung El Salvadors ausgesprochen. Nach den Morden führen Soldaten durch die Straßen der Hauptstadt und töten über Lautsprecher: "Die sechs Jesuiten sind schon gefallen: Wir werden alle Kommunisten töten." Mit dem Tode bedroht werden auch der lutherische Bischof, alle Mitglieder der Volksorganisationen, Gewerkschaften und Basisgemeinden. Völlig unklar ist, wen die Armee im herrschenden Chaos bereits ermordet hat; wir wissen bisher nur vom Tod des Gewerkschaftsführers Guillermo Rojas. Selbst vor den katholischen Bischöfen macht ARENA nicht halt. Präsident Cristiani und der Generalstaatsanwalt haben am 18.11. an den Papst appelliert, die Bischöfe abzuweihen, da für ihre Sicherheit nicht garantiert werden könne...

Die Offensive hat die große militärische Stärke der FMLN gezeigt. Die Weltöffentlichkeit muß den Krieg in El Salvador wieder zur Kenntnis nehmen. Es ist offensichtlich geworden, daß eine dauerhafte Lösung des Konflikts gefunden werden muß.

USA und BRD

Den USA kommt derzeit eine Schlüsselposition zu. Seit 10 Jahren pumpen sie Unsummen in das kleine Land (derzeit 1,5-2 Mio. \$ täglich). Der Kongreß verabschiedete nach Beginn der Offensive weitere \$ 85 Mio. Militärhilfe. Präsident Bush hat die ARENA-Regierung für ihre "Bemühungen, Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden" gelobt. Sollte die Armee noch weiter in Bedrängnis kommen, ist ein direktes Eingreifen von US-Truppen nicht auszuschließen. Die im Land befindlichen Militärberater (offiziell 55, tatsächlich 150) greifen ohnehin leitend in die Kämpfe ein.

Die BRD finanzierte bereits die korrupte und kriegstreiberische Regierung Duarte mit 351 Mio DM (1984-87) und vereinbarte 1988 Projekte über weitere 73 Mio DM. Am 23. Juni wies die Regierung den Antrag der Grünen auf sofortige Einstellung der Entwicklungshilfe zurück, die SPD enthielt sich. Selbst nachdem die ARENA-Regierung die eigene Bevölkerung bombardiert, Kirchenleute ermordet und bedroht, gibt es von der Bundesregierung keine eindeutige Stellungnahme gegen diese Verbrechen - und keine Einstellung der Entwicklungshilfe.

Der Offensive gingen intensive Bemühungen der FMLN voraus, den seit 10 Jahren andauernden Konflikt politisch durch Verhandlungen zu lösen. Als erste Schritte schlugen sie vor: Waffenstillstand, Stopp der staatlichen Repression gegen die Bevölkerung, Reform des Justizsystems, die Bestrafung der Todesschwadronen und der Mörder von Erzbischof Romero sowie eine umfassende Landreform. Die FMLN wäre dann bereit, sich in das politische Leben zu integrieren und an freien Wahlen teilzunehmen. Die Vorschläge, die von der legalen Opposition und den Kirchen unterstützt werden, wurden von Regierung und Militärs zurückgewiesen. Sie forderte de facto die Kapitulation der FMLN als Voraussetzung für Zugeständnisse.



29.11. - 6.12.

c) die Anwendung der Genfer Konvention zu fordern. Wir haben Informationen erhalten, daß das Heer Krankenwagen des Roten Kreuzes dazu benutzt hat, seine Truppen zu schützen, auch wurden Krankenwagen angegriffen.

sationen und ihre Vertreter:

Comite Permanente del Debate Nacional
Rev. Edgar Palecios
Dr. Wilfredo Barillies
Obpo. Medardo Gomez
Emilio Alonso
Lic. Jorge Morales

Die Offiziere der mittleren Führungs -
ebene (bitten wir):

Union Nacional of los Trabajadores
Salvadorenos (UNIS)
Marco Tulio Lima
... Cabrera
Humberto Centeno

die Streitkräfte sollten geführt werden nach patriotischen, demokratischen und den Interessen der Bevölkerung entsprechenden Prinzipien. Wir fordern daher die Offiziere der mittleren Kommandoebene auf, ihre Truppen diesen Prinzipien gemäß zu führen und sich zu weigern, Befehle auszuführen, die Völkermord bedeuten.

Alianza Campesina Democratica (ACD)
Miguel Aleman

13. November 1989
Es unterzeichnen die folgenden Organi-

Movimiento Independiente de Profesionales y tecnicos de el Salvador
Eduardo Callen, Secretario Generale

Coordinadora Solidaria de los Trabajadores
Edito Genovez

Aktionen und Unterstützung

Erster und wichtigster Adressat ist für uns die Bundesregierung. Sie soll:

Schreibt an(u.a.):
Auswärtiges Amt
Bundesaußenminister H.D. Genscher
Postfach 1148
4400 Münster

- Aktiv werden für den Schutz der Zivilbevölkerung; für eine Einstellung der Luftangriffe der salv. Luftwaffe; für die Evakuierung der Toten und Verletzten aus den Kampfzonen; für die Einrichtung neutraler Schutzzonen, wo die flüchtende und obdachlose Bevölkerung versorgt werden kann; für die Respektierung der Genfer Konventionen und Zusatzprotokolle; für die Öffnung der Grenzen, um Kriegsvertriebenen die Flucht außer Landes zu ermöglichen.

Medico International bemüht sich darum, in den nächsten Tagen eine Lieferung von medizinischer Nothilfe nach El Salvador zu organisieren. Spenden an: Medico International
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/4990041

- Sie soll humanitäre Soforthilfe leisten bzw. Transportkapazitäten bereitstellen für Hilfswerke, die dies tun wollen.
- Sie soll aktiv werden für die Aufhebung der Nachrichtensperre im Land.
- Sie soll die Botschaft öffnen für politische Flüchtlinge.
- Sie soll die Entwicklungshilfe an die ARENA-Regierung sofort einstellen.
- Sie soll endlich die Komplizenschaft mit der Politik des "großen Bruders" aufgeben.

Spendenaktion
"Waffen für El Salvador"
Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto 28859-107
BLZ 10010010
Freunde der alternativen Tageszeitung e.V. 1000 Berlin 61

Stichwort "Demo" oder "Humanitäre Hilfe":
Informationsstelle El Salvador Bonn
Konto 332276-507
Postgiroamt Köln

WIER

Dringendes Kommuniké der Unterzeichnenden Gesellschaftlichen Organisationen

Gezungen durch die historischen Ereignisse, die wir gerade erleben, die zweifellos das Ergenis der Unnachgiebigkeit der ARENA-Regierung gegenüber den schon lange aufgestellten Forderungen der Mehrheit der salvadorianischen Gesellschaft wie Änderung der Wirtschaftspolitik:

- volle Respektierung der Menschenrechte
 - Auflösung der im Heer bestehenden Todesschwadronen und eine Verhandlungslösung zur Beendigung des Krieges;
- gewungen durch all dies möchten wir erklären:

- 1) daß seit dem 11. November die FMLN im ganzen Land großangelegte militärische Operationen durchführt, die so umfassend sind, daß sie das Leben der ganzen Bevölkerung betreffen und deshalb eine sofortige Verhandlungslösung des Konfliktes noch dringender machen
- 2) daß, in dieser Situation die salvadorianische Regierung ihre Unfähigkeit bewiesen hat, eine politische Lösung anzustreben, sondern auf eine militärische Lösung setzt, indem sie durch ein Sondergesetz die Informations- und Meinungsfreiheit einschränkt, den Ausnahmezustand verhängt und mit der Leitung dieser Maßnahmen den bekannten Vertrauensmann der ARENA, Colonel Juan Carrillo Schenker, betraut.

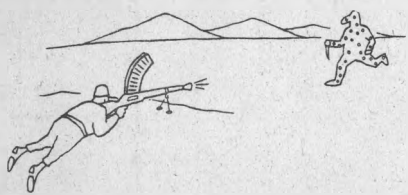
- 3) daß, bei einem Vergleich der öffentlichen Erklärungen der Regierungsmitglieder zu Situation des Landes mit den Informationen der internationalen Presse Widersprüche auftreten, daß die Einsetzung eines einheitlichen Radio- und Fernsehnetzes der Bevölkerung das Recht auf Informationsfreiheit nimmt, um so zu verhindern, daß sie die tatsächlichen Geschehnisse erfahren.
- 4) daß Ausnahmezustand und Ausgangssperre, die seit Sonntag dem 12. November verhängt sind, als legale Tarnung des Völkermordes dienen sollen, den Regierung und Streitkräfte ausüben, bei ihrem Versuch, die nationale Situation unter Kontrolle zu bringen, die aber völlig außer ihrer Kontrolle ist.

Wegen all dem bitten wir, das salvadorianische Volk:

- a) teilzunehmen an allen Handlungen, deren Ziel wahre Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind.
- b) sich nicht täuschen und einschüchtern zu lassen durch die fascistischen Handlungen der Regierung und ihrem wichtigsten Werkzeug, den Streitkräften.
- c) nicht zur Arbeit zu gehen, da es keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr gibt und die Situation gefährlich ist.
- d) die Respektierung seines Informationsrechtes zu fordern.

Das diplomatische Corps und die internationale Gemeinschaft (bitten wir):

- a) wir fordern, daß die Militärhilfe an die Regierung El Salvadors eingestellt wird, um so den Völkermord zu beenden.
- b) der Zivilbevölkerung Garantien anzubieten, als auch neutrale Zonen in der Hauptstadt und in den Provinzstädten zu schaffen, in denen humanitäre Organisationen und Ärzte arbeiten können.



FÜR KULTURELLE EVOLUTION

Wer kennt eigentlich die **darmstädter blätter** ?

Seit mittlerweile 33 Jahren erscheinen in derzeit zweimonatigen Abständen die DARMSTÄDTER BLÄTTER. Obwohl sie von der Studentenschaft der THD herausgegeben werden, dürften sie vielen Studentinnen und Studenten der TH unbekannt sein. Trotzdem sie nur in kleiner Auflage (ca. 2000 Stk.) erscheinen und relativ versteckt im Audi-Max und in der Hochschulbibliothek ausliegen erfreuen sich die DARMSTÄDTER BLÄTTER dennoch einer über die ganze Welt verstreuten Leserschaft, die von offiziellen Stellen wie z.B. dem vatikanischen Pontifikalamt für Kultur, dem Kultusministerium in Moskau oder der chinesischen Partneruniversität der TH in Schanghai über namhafte Politiker wie Bundespräsident v. Weizsäcker, kritische Wissenschaftler bis hin interessierten Privatleuten reicht. Das läßt auf die internationale Anerkennung der DARMSTÄDTER BLÄTTER schließen.

Die erste Ausgabe der DARMSTÄDTER BLÄTTER erschien am 26. November 1966. Knapp einen Monat zuvor wurde die ungarische Variante eines reformierten Sozialismus von sowjetischen Truppen gegen den teilweise erbitterten Widerstand der Ungarn niedergeschlagen. Dies leitete zusammen mit dem Aufstand in Polen und der Suez-Krise eine weitere Verschärfung des kalten Krieges ein; viele Beobachter befürchteten den unmittelbaren Ausbruch des Dritten Weltkrieges.

Unmittelbarer Anlaß war aber, daß die britische Labour-Partei sich im Namen des Britischen Volkes für die "billigende" Haltung der konservativen Regierung Eden zu den Morden an zwei Zyprioten entschuldigte. Dieses eher beiläufig gemeldete Ereignis beeindruckte die an der THD seinerzeit im Umfeld von Eugen Kogon Studierenden sehr, daß man sich gemeinsam mit Eugen Kogon entschloß, aktiv etwas dafür zu tun, daß auch Ereignisse wie dieses einer ihrer Bedeutung entsprechenden Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Daraus entwickelte sich das Konzept, alternative Standpunkte der Politik zu publizieren, was in Zeiten des kalten Krieges beileibe keine Selbstverständlichkeit war.

Damit verbunden war die Auffassung, daß zur umfassenden politischen Diskussion ein Fachwissen zwar notwendig und erwünscht, aber allein nicht ausreichend ist - die Infragestellung und Überwindung des Fachidiotentums durch fachübergreifende Diskussion wurde zur treibenden Motivation für die Herausgabe der DARMSTÄDTER BLÄTTER.

Der Wahldarmstädter Dr. Günther Schwarz, inzwischen 84 Jahre alt, betreut die DARMSTÄDTER BLÄTTER von der ersten Stunde an bis heute redaktionell. Er kann außerdem auf eine beachtliche Anzahl von fachübergreifenden Buchpublikationen im Verlag Darmstädter Blätter verweisen, die in den vier Reihen "Wissenschaft und Philosophie", "Sprache und Kommunikation", "Konfliktforschung" und "Judaica" erschienen sind. Ob "Astrophotographie", Anatol Rapoport's "Allgemeine Systemtheorie", "Sprache im Denken und Handeln" (wie menschliches Verhalten durch Worte beeinflusst wird), "Wie war es möglich? - Die Geschichte der Judenverfolgung in Deutschland von der Frühzeit bis 1933." oder "Hochschule und Rüstung: ein Beitrag von Wissenschaftlern der THD zur ("Nach-")Rüstungsdebatte" (um nur einige wenige Titel zu nennen) - Stets ist der Verlag Darmstädter Blätter bemüht, auch schwierige Zusammenhänge allgemeinverständlich zu beschreiben, zu diskutieren und dadurch ein übergreifendes Wissen zu vermitteln.

Die DARMSTÄDTER BLÄTTER publizieren wichtige Auszüge aus internationalen Publikationen, Leserbriefe und eigene, auch studentische Beiträge zu Themen der Zeit. So wird im Jan./Feb. Heft 1990 ein Beitrag eines chinesischen MB-Studenten über Taoismus erscheinen.

Hergestellt werden die DARMSTÄDTER BLÄTTER ohne eine Verwendung studentischer Gelder in der Hausdruckerei der Fa. Röhm, zusammengetragen werden sie von Studis. Die ca. 50seitigen Exemplare werden für je eine DM an Interessierte verkauft.



← DARMSTÄDTER BLÄTTER (5Stk.)

— WAS LANGE BRAUCHT, KOMMT ENDLICH SPÄT —

Unverständene Worte

- Anmerkungen zum Frankfurter "Soldaten-Urteil"-

Da vollführt die halbe Nation ein Heiden-
geschrei; Politiker sprechen von einem
"Schandurteil", das schnellstmöglich re-
vidiert werden müsse; die Richter selbst
bekommen Morddrohungen ins Haus. Die Rede
ist von dem Freispruch für einen Arzt, der
1984 in einer Podiumsdiskussion geäußert
hatte: "Jeder Soldat ist ein potentieller
Mörder". Ein Satz übrigens, der nicht neu
ist; "Soldaten sind Mörder" schrieb schon
Tucholsky; Carl von Ossietzky, der später
im Konzentrationslager ermordet wurde,
wurde vor Gericht wegen dieser Aussage
angeklagt, aber freigesprochen.

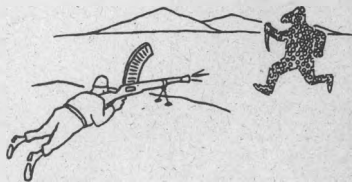
Und jetzt, 50 Jahre später, wo angesichts
der Waffenarsenale der Supermächte und
Erstschlagtheorien immer mehr Menschen
die tödliche Logik des Militärs durch-
schauen, so eine Aufregung darüber, daß
eine solche Äußerung nicht strafbar ist ?
Soldatenehre statt Meinungsfreiheit, ist
das die Devise rechter Politiker? Oft
der gleichen Politiker übrigens, die vehe-
ment die Meinungsfreiheit in sozialisti-
schen Ländern verlangen.

Doch nun zu dem Satz selber: "Jeder Soldat
ist ein potentieller Mörder". Sicher, er
proviziert. Aber das soll er auch. Provo-
zieren dadurch, daß er eine unliebsame
Wahrheit zuspitzt und auf einen kurzen
Nenner bringt: Die Wahrheit, daß Soldat
sein bedeutet, zum Töten ausgebildet zu
werden und seine menschliche Kraft einem
System von Befehl und Gehorsam zu unter-
stellen, das in der Geschichte abermillio-
nen von Toten, Verwundeten und Trümmern
hinterlassen hat. Ich unterstelle jedem
Soldaten, daß er das nicht will; aber er
nimmt es, ob freiwillig oder gezwungener-
maßen, in Kauf. Er wird sozusagen zum nütz-

lichen Idioten der Stabschefs und Militär-
planer in Kasernen und Parlamenten. Der
persönlichen Verantwortung für sein eige-
nes Tun kann er sich aber nicht entziehen!
Speziell dann nicht, wenn er Alternativen
hat, z.B. den Kriegsdienst zu verweigern.
(Auch da ist ein Haken dran; auch KDVler
sind eingeplant ins Szenario! d.Tipper)
Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es geht
mir nicht darum, jemanden zu verurteilen
und mich selbst und andere auf einen
moralischen Sockel zu stellen. Dazu habe
ich kein Recht. Als KDVler bin ich wohl
auf irgendeiner Schreibstube oder in einem
Lazarett eingeplant für den Big Bang, und
daß meine spätere Ingenieurtätigkeit nicht
doch dem Militär nützt, dessen kann ich
auch nicht sicher sein, bei allen guten
Vorsätzen.

Wir alle sollten uns deshalb überlegen, ob
wir uns zu nützlichen Idioten machen lassen
oder ob und wie wir dagegen angehen können.
Dazu gehört aber auch, daß Dinge beim Namen
genannt werden dürfen. Hierzu war das
Frankfurter Urteil ein entscheidender
Beitrag. Die wütenden Reaktionen darauf
lassen wenig Sinn für so verständene Mei-
nungsfreiheit erkennen. Schade...

Werner Felzetics, FB 19
(Aus der FS - Zeitung)

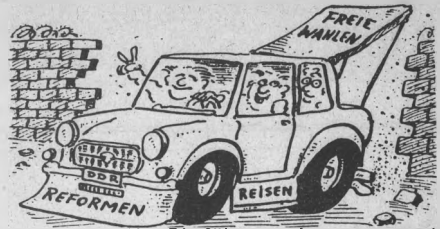


WIDER VEREINIGUNG

Seit Öffnung der DDR-Grenzen hat die Diskussion um den (Un)Sinn der Wiedervereinigung Hochkonjunktur. So reserviert die westdeutsche Linke einer Wiedervereinigung zum jetzigen Zeitpunkt entgegen-sieht, so sehr betreibt die Rechte alles Mögliche, um durch eine Wiedervereinigung nach ihren Vorgaben einen politischen und historischen Bonuspunkt zu erheischen. Dabei darf derzeit die politische Stärke der Haltung der Kohl-Regierung nicht unterschätzt werden, spielt doch die materielle Unzufriedenheit der DDR-BürgerInnen im laufenden Wandlungsprozeß eine entscheidende Rolle. Auf der anderen Seite kann die Wirtschaftsreform in der Sowjetunion für gescheitert erklärt werden, weil es nur durch veränderte Planungsvorgaben eben nicht gelang, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern. Ein "Hungerwinter" in der Sowjetunion ist zu befürchten, weil auch in der reformierten Planwirtschaft an den Bedürfnissen vorbei produziert wurde, ganz zu schweigen von der davon ausgehenden Gefährdung von Gorbatschows Perestrioka-Bewegung. Die bisherigen sowjetischen Wirtschaftsreformen werden folglich kaum von der DDR übernommen werden,



ohne daß ein großer Teil der Produktion, der Preise und der Subventionen von der Nachfrage beeinflußt werden. Zumal die Bedürfnisse der DDR-Bevölkerung maßgeblich von westdeutschen "Schaufenstern" beeinflußt sind. Zu der Befriedigung dieser Bedürf-



nisse ist die Einführung der sogenannten sozialen Marktwirtschaft zu den Bedingungen der CDU und der westdeutschen Industrie die am leichtesten zu verwirklichende, jede andere vergleichbar erfolgreiche bzw. verbesserte Variante müßte erst theoretisch entwickelt und dann der DDR-Öffentlichkeit hinreichend plausibel gemacht werden, was sicherlich aber auch möglich und praktikabel wäre! Eine Übernahme des bundesrepublikanischen Wirtschaftssystems wäre wohl auf jeden Fall in der DDR durchsetzbar, weil sie eine relativ schnelle Steigung des allgemeinen Wohlstands zur Folge hätte; aber auch z.B. im Umweltschutz würden sicherlich wichtige Schritte getan werden - die Übernahme des Wirtschaftssystems zu BRD-Industriebedingungen würde für DDR-Bürger zweifelsohne objektive Verbesserungen mit sich bringen, zumindest in der ersten Zeit.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Diskussion über den Un-/Sinn der Wiedervereinigung angesichts der Tatsache, daß der real existierende Sozialismus in der DDR gescheitert ist, folglich nur eine Antwort geben, nämlich daß eine Wiedervereinigung gleichbedeutend mit der Übernahme maßgeblicher Teile des bundesrepublikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems durch die DDR ist. Jede andere Antwort, auch im Sinne von "Mischung" aus westlichem und östlichem System, ist schwerlich begründbar.

Es ist aber einmal ernsthaft in Frage zu stellen, ob die Wiedervereinigungsdiskussion nicht notwendigerweise der erst entstehenden demokratischen Bewegung in der DDR - eventuell bewußt und gewollt - zuwiderläuft.

Das SED-Regime mußte nicht vorrangig vor den reich dekorierten BRD-Schaufenstern den Hut ziehen, vielmehr brach das Lügengebäude aus manipulierten Informationen, schöngeredeter Wirtschaftslage und diversen Gängeleien denen gegenüber, die auf Unstimmigkeiten aufmerksam machten, in sich zusammen.

Wolfgang Biermann
Berliner Liederchen

Der Westn is bunter
Der Westn is besser
Und schöner und schlauer
Und reicher und frei.
Und trotzdem lüden
Ich sag dir die Wahrheit:
Der Westn is ooch nich
-det Gelbe von' El

Der Ostn is grauer
Der Ostn is schlechter
Und klein sind die Chancen
Und groß is die Not
Und trotzdem lüden:
Der Traum der Commune
Der schlief nur und is doch
-noch lange nich tot

C★

HALTBAR, 29.11. - 6.12.

Wenn die Planwirtschaft ihre Pläne nur übererfüllt, die Konsum-Regale aber immer leerer werden, die Wahlen so dilettantisch manipuliert wurden, daß es einfach alle mitbekamen und wenn nur noch das Parteibuch für die Karriere entscheidend ist, dann geht das erfahrungsgemäß nicht lange gut. Der real existierende Sozialismus scheiterte vor allen Dingen moralisch!

Der wirtschaftliche Niedergang kann damit in Einklang gebracht werden. Verbunden mit einem immer größer gewordenen Aufwand an Verhinderung von kritischen Stimmen durch die Staatssicherheit ließ sich dieser Zustand immerhin eine Zeit lang aufrecht erhalten. Dies hatte für ein demokratisches Bewußtsein der DDR-BürgerInnen äußerst negative Folgen: das tiefe Mißtrauen untereinander hatte Hochkonjunktur, die offene politische Diskussion war praktisch lange Zeit nicht möglich und der Aufbau einer Einfluß habenden politischen Opposition unter den Fittichen mancher Kirchendächern ließ sich nur äußerst mühsam realisieren. Ohne die sowjetische Perestrojka-Bewegung unter Gorbatschow hätte der Emanzipationsprozeß der DDR-lerInnen wohl noch wesentlich länger auf sich warten lassen. Auch in der BRD muß mensch sich den Vorwurf gefallen lassen, daß eine übergroße (parlamentarische) Mehrheit die inneren Zustände der DDR konsequent ignorierte und sich damit nicht gerade unterstützend zu der aufkeimenden Oppositionsbewegung verhielt.

Spätestens hier fragt mensch sich verwun-

Am Stammtisch XXXIX:

Herbert wohnt jetzt
nicht mehr in
Halle 1 Saale, sondern
in Halle 1 Turn!



dert, warum ausgerechnet die Wiedervereinigung besonders in konservativen Statements auf einmal solche Hochkonjunktur hat. Der Verdacht liegt nahe, daß der Zusammenbruch des Honnecker-Regimes weder als ein vor allem moralischer erkannt wurde bzw. werden will (sondern ein wirtschaftlicher), noch daß überhaupt ein Interesse daran besteht, daß sich die DDR-BürgerInnen als Folge aus diesem moralischen Scheitern politisch emanzipieren. Wer also über Sinn, Unsinn oder Weg der Wiedervereinigung diskutiert, hat das moralische Scheitern nicht als eigentliche Ursache begriffen; vielmehr unterstellt mensch dann, daß je nach Anschauung entweder das kapitalistische BRD-System, das zentral gelenkte DDR-System oder eine Mischform aus beiden die Lösung darstellt.

Um auf die eigentliche Ursache sinnvoll zu reagieren, kann jeder Mensch aktiv an der Gestaltung der individuellen Aufrichtigkeit der DDR-Bevölkerung hin zu einem entscheidendem Faktor mitwirken. Dies hat die SED-Führung inzwischen begriffen, zumindest als taktisches Problem bezüglich ihres politischen Einflusses, sonst würde sie sich nicht so direkt und um Ehrlichkeit bemüht der erstaunten Presse stellen.

Andererseits ist es in der BRD trotz Freiheit und Reichtum bisher nur unzureichend gelungen, auf die mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verbundenen Probleme (globaler Zusammenhang des Nord-Süd Wohlstandsgefälles, Zusammenhang (nicht Leistung!) von Armut und Reichtum in der Gesellschaft (Zweidrittelgesellschaft), ökologische und militärische Aspekte (Recht des Stärkeren) hinzuweisen und diese als Tatsachen ins politische Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern. Von den Widersprüchen zwischen Kohls Anspruch der "geistig-moralischen Wende" und dem damit einhergehenden rapiden moralischen Verfall in der Politik ganz zu schweigen.

Mit anderen Worten: Aufrichtigkeit muß auch in der BRD ein entscheidender politischer Faktor erst noch werden. Eine darauf gerichtete politische Bewußtseinsbildung kann und sollte, ja muß also grenzüberschreitend und international geschehen. Insofern entbehrt das Streitthema "Wiedervereinigung" jeder Grundlage!

8 UNG

darmstädter blätter

für
kulturelle
evolution

9-10/89

Herausgegeben
von der Studentenschaft
der Technischen Hochschule
Darmstadt

Jahresabonnement
zwölf Ausgaben
einschließlich Porto 30,- DM
ISSN 0340-6296

MADJID TANZI

Die AusländerInnenvertretung der Fachhochschule, der AusländerInnen-Ausschuß der TH und die Iranische Studentenorganisation laden ein zum IRANISCHEN FOLKLORE-ABEND am kommenden **Samstag**, den **2.12.1989** im WILHELM-KÖHLER-SAAL im alten TH-Hauptgebäude.

Dort wird **RAHMAN** aus Hamburg auf dem akkordeonähnlichen Gamon mit Tambourinbegleitung traditionelle ("klassische") iranische und azarbaydjanische (folkloristische) Musik spielen. Außerdem werden kurdische Tänze in traditionellen Kostümen aufgeführt.

Für Essen und Trinken ist gesorgt, der Eintritt beträgt **5 DM**.

Zu dieser kulturellen Veranstaltung sind Interessierte herzlich eingeladen!

Courage*iert durch die Woche!

Mit der 38., 12seitigen (!) C*. Sie bietet Sicherheit vor Dummheit und intellektuellem Durchfall auch in chronisch unpolitischen Fällen! Gegenanzeige: Keine. Deswegen auch vom 29.11. bis zum 6.12.:

Courage* von denen, die wo da waren und gedruckt vom AStA - Druckkollektiv, erhältlich in 1500 Stück.

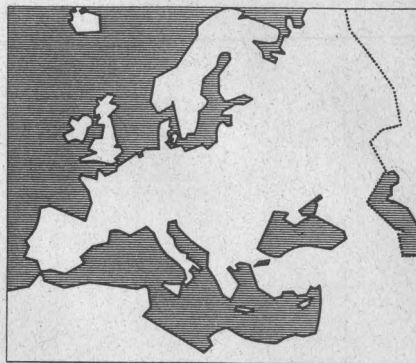
Der StudentInnen-Keller im Schloß sucht Leute!

An alle Studis in Darmstadt: Uns haut nichts um. Wir sind ein Team, ein Kultur-Kollektiv. Bei uns sind Zeit, Engagement, Lust und Interesse gefragt.

Natürlich gibt es dafür auch einen Hungerlohn!

Wenn Du bei uns einsteigen willst, komm mal vorbei am Montag, den 4.12.89, 17.00h im Schloßkeller.

(Keine Angst, wir suchen **wirklich** keine Nikoläuse!)



6

AND DRUGS AND ROCK 'N' ROLL

Sie benötigen viel mehr Spielregeln.“ Wie diese Regeln aussehen könnten, wird gleich mitgeliefert: „... der Machtanspruch des Parteivorstandes darf aus Gründen der Stabilität nicht in Frage gestellt werden.“ und „... Respektieren die Intellektuellen der ‚Rechten‘ die Machtstrukturen der Republikaner und haben sie die Bereitschaft zur konstruktiven Unterordnung, dann bietet sich ihnen hier eine realistische Chance zum Abstieg vom intellektuellen Elfenbeinturm. Gewähren die Republikaner diesem geistigen Potential im Gegenzug das nötige Maß an politischer Mitbestimmung und reagieren sie auf Eigenwilligkeit, unbequemes Sendungsbewußtsein, harmlose Profilneurosen etc. mit einer großen Portion Diplomatie und Toleranz, dann haben sie einen bedeutenden Erfolgsfaktor auf ihrer Seite.“

Im Klartext: Als Aushängeschild für eine offene und intellektuelle Partei sind Akademiker, Studenten u.a. herzlich willkommen, aber wenn es um Machtfragen in der Politik geht, hat allein der Parteivorstand um Franz Schönhuber das Entscheidungsrecht (oder wie heißt es so schön: „Konstruktive Unterordnung“).

Es bleibt nur zu hoffen, daß nicht allzuvielen Intellektuelle auf diesen Schwindel hereinfallen und damit eine willkommene Staffage für die Republikaner abgeben. Es liegt an uns allen, dies zu verhindern. Und vielleicht könnte auch in Trier¹ der AstA und das Referat für politische Bildung Informationsveranstaltungen anbieten, um über diese rechte Gefahr an unseren Hochschulen zu informieren und vor ihr zu warnen.

Aus: „Umkraut“ Nr. 5, November 1989, StudentInnen-Zeitung an der Universität Trier

¹ Das gilt natürlich sinngemäß auch für uns in Darmstadt und für alle anderen Hochschulen — der Entdecker des Artikels

— ACHTUNG ANZEIGE —

**UNENTBEHRLICH FÜR
JEDEN STAATSBÜRGER, DEM
ES ERNST IST MIT FREIHEIT
UND DEMOKRATIE!! DAS BUCH:**

**ES LEBE DER
STAAT!** VON DR. R. ACHZ STAAT

↓ WICHTIG FÜR ALLE DEMOKRATEN

DIE WAHRHEIT ÜBER UNSEREN STAAT. OBJEKTIV UND SACHLICH!

ZUTREFFENDES BITTE ANKREUZEN:

JAWOLL, ICH BIN
VON UNSERER FREIHEITLICH-
DEMOKRATISCHEN GRUND-
ORDNUNG[®] BEGEISTERT UND
BESTELLE ZUM 1-MALIGEN SON-
DERVORZUGS-RABATT-PREIS VON
NUR 99.⁹⁹ DM, ZAHLBAR IN EINER
BEQUEMEN, WINZIGEN MONATS-
RATE VON SÄGE + SCHREIBE KAUM
99.⁹⁹ DM DAS BUCH "ES LEBE
DER STAAT" VON DR. R. ACHZ-
STAAT:

NEIN, ICH BIN ANHÄNGER VERFAS-
SUNGSFEINDLICHER RESTRIKTIONEN
UND WILL VON IHREM BUCH NICHTS
WISSEN:

RECHTSVERBÄNDLICHE UNTERSCHRIFT _____

NAME, SÄMTL. VORNAMEN _____

ADRESSE _____

GEB. TAG U. ORT: _____

PASS/BPA-NR.: _____

UNVERÄNDERL. KEINZ: _____

AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN AN: TEUTONIA-VERLAG
WUNSIEDEL-FLURFELD, ADENAUER WEG 85 a.

✂

TERMINE!!!TERMINE!!!TOMATEN!!!TERMITE!!!TERMINE!!!TAMARA!!!TERMINE!!!TERMINE

Felsenfeste Termine:

- * AStA-Sitzung Mo 16.00h AStA
- * Konspirative Courage*-Sitzung Mo 19.00h AStA-Info-Ref
- * AS Gesellsch. Auswirkungen d. Informatik Di 18.00h 25/06
- * AGU Chemiegruppe Di 20.00h Lauteschl. 24
- * Da. Ini. f. Absch. aller Atomanlagen Di 20.30h Bessunger Knabenschule Schüle- rInnenladen
- * Frauenreferat Mi 19.00h AStA
- * TAT (Treff angepasste Technologie) Mi 19.30h AStA
- * Redaktionssitzung des übergriff Do 18.30h AStA-Info-Ref
- * BUND-Jugendgruppe Do 19.00h Lauteschl. 24
- * AS Abschaffung der Hochschule Fr 18.00h 46/25 FS-FB2

Butterweiche Termine:

- * Mi 29.11. 17.15h 2a/024: J. Gwinner über "Hyperkreis von Prager und Synge" (Vrlierer! - der Zersetzer...)
- * Do 30.11. 14.00h 60/93 im Rahmen des "Städtebaulichen Colloquims": "Städtelandschaft Rhein/Main an der Schwelle zur Europäischen Metropole" (totaler Schwachsinn - der Zersetzer...)
- * Do 30.11. 20.00h Schloßkeller: AusländerInnenfest
- * Sa 02.12. 12.00h Frankfurt ab Campus der JWG-Uni Bundesweite Demo "Freiheit für El Salvador"
- * Di 05.12. 17.15h 47/052: im Rahmen der Ringvorlesung "Dynamik umweltrelevanter Systeme": "Klimainformation aus polaren Eisbohrungen"
- * Di 05.12. 20.00h 11/23: StuPa-Sitzung (means: Stupid-Sitzung, no comment - der Vergrätzer)

DAS LAYOUT IST
MAL WIEDER
OBERSCHLECHT...

